

Sächsische Elbzeitung.

Amts- und Anzeigebblatt

für das Königl. Gerichtsam und den Stadtrath zu Schandau und den Stadtgemeinderath zu Hohnstein.

Die „Sächs. Elbzeitung“ erscheint Mittwoch und Sonnabend und ist durch alle Postanstalten, sowie durch die Expedition dies. Bl. für 1 Mark vierteljährlich zu beziehen. — Inserate für das Mittwochsbblatt werden bis Dienstag früh 9 Uhr, für das Sonnabendsblatt spätestens bis Freitag früh 9 Uhr erbeten. — Preis für die gesamte Corputseite oder deren Raum 10 Pf., Inserate unter 5 Zeilen werden mit 50 Pf. berechnet, (tabellarische oder complicirte nach Uebereinkunft.) — Inserate für die Elbzeitung nehmen an in Hohnstein Herr Bürgermstr. Hesse, in Dresden und Leipzig die Annoncen-Bureau von Haasenstejn & Vogler, W. Saalbach, Invalidenbank und Rud. Mosse.

N^o. 77.

Schandau, Mittwoch, den 25. September

1878.

Abonnements-Einladung.

Auf das mit dem 1. October 1878 beginnende vierte Quartal der

„Sächsischen Elbzeitung“

nimmt die unterzeichnete Expedition, sowie jede kaiserliche Postanstalt zu dem Preis von 1 Mark Bestellungen an. Wir ersuchen unsere geehrten auswärtigen Leser, die Abonnements-Bestellung gefälligst sofort machen zu wollen, indem wir bei späteren Aufträgen für die vollständige Nachlieferung der bereits erschienenen Nummern nicht einstehen können. — Inserate finden durch dieses Blatt eine weite Verbreitung.

Die Expedition der Sächs. Elbzeitung.

Politische Weltanschauung.

Die zweitägigen Verhandlungen der ersten Lesung des Sozialistengesetzes im Reichstage haben allen Fraktionen desselben Gelegenheit geboten, zu dieser einzigen Vorlage der gegenwärtigen außerordentlichen Session Stellung zu nehmen. Von Seiten sämtlicher Fraktionen haben dann auch Redner das Wort ergriffen; und diese Redner haben bis auf einen im Namen der Fraktionen und Gruppen, denen sie an gehören, Erklärungen abgegeben. Einzig und allein der Abgeordnete Vamberger hat nicht im Namen der nationalliberalen Fraktion, zu deren hervorragenden Mitgliedern er zählt, gesprochen, sondern lediglich seinen eigenen Ansichten Ausdruck gegeben. Es entspricht diese Zurückhaltung durchaus der heute noch nicht endgiltig festgestellten Anschauung der national liberalen Fraktion über die an der Regierungsvorlage vorzunehmenden Veränderungen. Zählt man diejenigen Fraktionen und Gruppen, welche durch ihre Redner die Vorlage für unannehmbar und unverbesserlich erklärt haben, zusammen, so erzielt dies bei vollbesetztem Hause eine Zahl von 170 und etlichen Stimmen, welche in der dritten Lesung das Gesetz, gleichviel welche Fassung es durch die Beschlüsse derselben erhalten hat, verworfen würden, während 225 Stimmen etwa einem Gesetz, welches gerade noch für die Regierung „annehmbar“ wäre, zustimmen würden, falls die Regierungen nämlich sich bereit finden, solche Abänderungen anzunehmen, die das Gesetz für Abgeordnete von der Stellung Lascher's annehmbar machen. Demgemäß hängt Alles davon ab, welche Änderungen die zu Kompromissen mit der Regierung am schwersten zu bestimmenden Mitglieder der nationalliberalen Fraktion verlangen, und ob sie auch in dritter Lesung bei ihren Forderungen beharren werden, wenn von Seiten der Regierungen das letzte Wort gesprochen wird. Begreiflicherweise konnten bei der großen Verantwortlichkeit, womit die nationalliberale Fraktion gerade dem Sozialistengesetz gegenüber beauftragt ist, während der ersten Lesung im Namen der Fraktion keine bindenden Erklärungen abgegeben werden, wie dies von Seiten derjenigen Fraktionen geschehen konnte und geschehen ist, die das Gesetz, gleichviel, welchen Inhalt dasselbe hat, anzunehmen oder abzulehnen im Voraus entschlossen sind. Namentlich haben die, welche sich für die Ablehnung unter allen Umständen entschieden haben, eine sehr einfache Position; sie werden in der Kommissionsberatung und bei der zweiten und dritten Lesung im Plenum für die weitestgehenden Abänderungsanträge stimmen, schließlich aber ein lautes und vernünftliches „Nein“ sprechen. Die beiden konservativen Fraktionen haben schon eine schwierigere Stellung; sie müssen, da die Vorlage so wie sie eingebracht worden ist, unmöglich auf eine Wehrheit rechnen kann, ihre Bereitwilligkeit zur Annahme von Abänderungsanträgen im Princip auszusprechen, gleichzeitig aber für dieselbe eine Grenze ziehen, und dieses letztere konnte bei der ersten Lesung nur durch die ganz allgemein gehaltene Klausel geschehen, daß durch

die etwaigen Abänderungen das Gesetz nicht aufhöre, zu dem damit beabsichtigten Zwecke wirksam zu sein. Uebrigens hatte die Generaldebatte das Charakteristische, daß sie sich, diesmal ihrem Zwecke entsprechend, zum guten Theil mit der allgemeinen Bedeutung der Vorlage beschäftigte; freilich ganz war das Herausgreifen von Einzelheiten nicht zu vermeiden, da dieselben vielfach das entscheidende Moment enthalten. Aber Aufklärung über das, was bisher unbekannt geblieben, brachte sie kaum. Man wußte bereits, daß die beiden konservativen Parteien für unbedingte Annahme der Vorlage sind und wenige Punkte vielleicht ausgenommen in der Absicht zustimmen werden, das ganze Gesetz nicht scheitern zu lassen; man wußte auch, daß Centrum, Polen, Elsässer, um von den Sozialdemokraten ganz zu schweigen, unbedingt gegen das Gesetz und durch Änderungen von Einzelheiten nicht zufrieden zu stellen sind. Man wußte endlich, daß die Nationalliberalen, von denen das Schicksal des Gesetzes zunächst abhängt, ihre Zustimmung abhängig machten von einigen Änderungen, unter denen die Beschränkung der Gültigkeitsdauer auf eine bestimmte Zeit und eine Garantie für die Loyalität der Beschlüsse der Revisionsinstanz voran stehen. Und nicht nur die Stellungnahme der verschiedenen Parteien, auch die Begründung derselben war demjenigen bekannt, der den Ausführungen der Parteiblätter gefolgt ist. Die Entscheidung ist den Kommissionsverhandlungen und den beiden späteren Lesungen vorbehalten. Da Fürst Bismarck den Hauptaccent auf die zweite Lesung legte, ist leider nicht zu erwarten, daß die Kommissionsverhandlungen eine Verständigung zwischen den verschiedenen Parteien der Majorität, oder zwischen diesen und den Bundesregierungen bringen werden. Desto interessanter allerdings verspricht die zweite Lesung sich zu gestalten.

Die Gesundheit des Kaisers Wilhelm ist wieder insoweit befestigt, daß derselbe in vergangener Woche an den Manövern bei Cassel hoch zu Ross theilnehmen konnte. Den rechten Arm trug der Kaiser freilich noch in der Binde. In dieser Woche begiebt sich der greise Monarch zu einem mehrtägigen Aufenthalt nach Baden, von wo er Anfang nächsten Monats nach Berlin zurückkehren wird.

Die in Oesterreich vorgenommenen Landtagswahlen in den Landgemeinden des und benachbarten Königreichs Böhmen lieferten nach Auslassungen der Wiener „Presse“ ein Ergebnis, das zwar voraussehen war, deshalb aber nicht minder bemerkenswerth und wichtig ist: — Der Pact zwischen Alt- und Jungtschechen ging bei dieser Gelegenheit, für die eigentlich geschloffen worden war und wobei er sich zum erstenmale practisch zu bewähren hatte, in die Brüche. Diese Thatsache ist interessanter als das Zahlenverhältnis der Stimmen und die Persönlichkeiten der Gewählten, zumal durch das Wahlergebnis im Großen und Ganzen das bisherige Parteiverhältnis zwischen Verfassungstreuen und Czeden in der Gruppe der Landgemeinden nicht wesentlich geändert wird. Dagegen zeigte es sich wieder, daß die tschechische Partei-Organisation eine vollkommen zerrüttete ist und daß bei dem letzten Versuch, die Einheit wieder herzustellen, die Jungtschechen abermals die Betroffenen waren. Bekanntlich hatten die Altechen, um sich vor der allgemeinen Unzufriedenheit mit der Passivität sicher zu stellen, mit ihren Gegnern das Uebereinkommen geschlossen, für die Wahlen die Bezirke untereinander zu theilen und sich dadurch gegenseitig eine bestimmte Zahl von Mandaten zu assureiren. Von den tschechischen Landgemeinden wurden nun neun dem Jungtschechen überwiesen, während die Altechen in nicht weniger als 39 Bezirken ihre Kandidaten ohne jungtschechische Konkurrenz aufstellten. Es war dies schon eine sehr ungleiche Theilung, aber bei den Wahlen erhielten die Jungtschechen nicht einmal ihre neun garantirten Mandate, sondern nur acht, weil in dem neunten Bezirke ganz kontraktwidrig ein alttschechischer Kandidat aufgetreten war und durch die Agitation seiner Partei auch die Majorität erhalten hatte.

treten war und durch die Agitation seiner Partei auch die Majorität erhalten hatte.

Auf dem Okkupationschauplatz steht es augenblicklich für die Oesterreicher günstiger, als noch vor einigen Tagen. Die Herzegowina ist fast gänzlich in Händen der kaiserlichen und auch in Bosnien erzielen die Truppen größere Erfolge, so daß auch dort die Insurrektion bald beendet sein dürfte.

In Italien, gegen welches in Oesterreich-Ungarn wieder einmal große Verstimmung herrscht, dauern die Agitationen zu Gunsten der Befreiung der noch unter fremder Herrschaft befindlichen Landestheile fort. Kaiser Franz Joseph soll neulich sogar auf seinem Schreibtisch ein Schriftstück gefunden haben, welches ihn zur freiwilligen Rückgabe des Gebietes von Trient auffordert! König Humbert, der sich in letzter Zeit zur Abhaltung von Manövern in Oberitalien aufhielt und seine Botschafter an den fremden Höfen dorthin zu sich berufen hatte, um mit ihnen über die Lage des Landes zu berathen, hat indeß seinerseits Alles gethan, was in seinen Kräften stand, um das durch jene Agitationen in Oesterreich hervorgerufene Mißtrauen zu heben. Dennoch haben eben diese Truppenconcentrationen in Wien den alten Argwohn gegen die Pläne der Italiener wieder erweckt, obwohl die italienische Regierung wiederholt erklärt, daß es sich bei diesen Manövern durchaus nicht um eine außerordentliche Maßregel handle. Die englischen Blätter benutzen übrigens diese Truppenconcentrationen, um ein ernstes Mahnwort an Italiens Staatsoberhaupt zu richten, die sich hüten möchten, Oesterreich Veranlassung zu Mißbehagen zu geben. Die Esktionen von Lissa und Custozza sollten noch nicht vergessen sein und in einem Zwiste mit Wien würde Italien jetzt nicht Deutschland auf seiner Seite haben. Die italienische Armee sei aber nicht in der Lage, sich mit österreichischen Truppen messen zu können, und selbst die Flotte sei nicht viel besser als die Panzerflotte, die bei Lissa von Holzschiffen geschlagen wurde.

Das Interesse der französischen Republik war in der vergangenen Woche zunächst von den Reden des Bantens und des Finanzministeriums in Anspruch genommen, welche es außer Zweifel stellten, daß sie über die Ausführung der projectirten großen Bantens mit dem Präsidenten des Budget-Ausschusses der Deputirtenkammer, Gambetta, vollkommen einverstanden seien. Daneben erregten die Verhandlungen des Kongresses der katholischen Gesellenvereine die öffentliche Aufmerksamkeit. Republikanischerseits fand man es unbegreiflich, daß dieselbe Regierung, welche den internationalen Arbeiterkongress aufgelöst hatte, jene Vereine ruhig tagen ließ, obgleich in ihrer Generalversammlung Reden gehalten wurden, welche durch ihren agitatorischen Charakter denen der Sozialisten so ähnlich waren, wie ein Ei dem andern. Die Theilnahme der Bevölkerung an der vom Marschall Mac Mahon abgehaltenen großartigen Parade über 50,000 Mann war zwar ungeheuer, von Begeisterung indeß keine Spur vorhanden: man war vielmehr allgemein der Ansicht, daß die neue Armee noch viel zu lernen habe, um der „großen“ Armee der alten Zeit würdig zu werden.

Fürst Karl von Rumänien wird nunmehr in Gemäßheit der Boten der Kammer und des Kongressbeschlusses bezüglich der Unabhängigkeit Rumäniens und kraft eines Beschlusses des Ministerrathes den Titel „Königliche Hoheit“ annehmen. Die diplomatischen Agenten, welche Rumänien im Auslande unter offiziellem Titel unterhielt, werden in offizielle Legationen umgewandelt. Ein Dekret des Fürsten theilt das diplomatische Personal Rumäniens in drei Klassen: Außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister, Minister-Residenten und Geschäftsträger. Die derzeitigen diplomatischen Agenten in Paris, Wien und Berlin werden zu bevollmächtigten Ministern ernannt. — Die rumänische Regierung hat die Note des diplomatischen Agenten Russlands, Baron Stuart,